

21.4336

Motion RK-S. Justice restaurative

Motion CAJ-E. Justice restaurative

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.21

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Die Kommission beantragt, die Motion anzunehmen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Ich kann es kurz machen. Es geht um die restaurative Gerechtigkeit. Das haben wir jetzt gestrichen. Ich möchte auch daran erinnern, dass der Minderheitsantrag im Hinblick auf diese Motion zurückgezogen wurde. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion anzunehmen, damit wir dieses Thema in einem separaten Verfahren aufnehmen können.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Die Ausgangslage nach dieser Beratung ist jetzt die folgende: Der Antrag der Minderheit Vara wurde zurückgezogen. Deshalb hat die "justice restaurative" nach dem Stand der Beratungen gemäss Ihren Beschlüssen heute nicht Eingang in die Strafprozessordnung gefunden. Hingegen wurde das Postulat Mazzone 18.4063 nicht abgeschrieben. Bei diesem geht es darum, über die "justice restaurative", über eine Wiedergutmachungsjustiz, Bericht zu erstatten.

Es fragt sich einfach, wie man bei dieser Ausgangslage mit der Motion der RK-S umgehen soll. Für den Bundesrat ist es klar, dass man diese Frage sorgfältig prüfen muss. Man muss vor allem auch eine Konsultation der interessierten Kreise durchführen. Das hat ja nicht stattgefunden, als der Nationalrat diese Frage einfach in die Strafprozessordnung eingepackt hat, dies auch ohne Konsultation der Kantone. Man muss verschiedene Fragen sorgfältig prüfen, bevor sich entscheiden lässt, ob und allenfalls wie sich die "justice restaurative" in die Strafprozessordnung einfügen lässt. Wenn man das machen würde, wäre das rechtspolitisch und auch gesellschaftlich doch ein erheblicher Wechsel, ein Paradigmenwechsel, und eine erhebliche Veränderung. Beim Strafvollzug kennt man das bereits; dort braucht es keine neuen Regeln. Im Strafprozess und im Strafverfahren selber würde die Einführung der "justice restaurative" aber eine umfassende Neuerung bedeuten.

Der Bundesrat ist durchaus offen dafür, Prüfschritte vorzunehmen. Es scheint ihm aber verfrüht, schon definitiv festzulegen, ob man die "justice restaurative" will. Wenn Sie eine Motion überweisen, dann erteilen Sie einen definitiven Auftrag und signalisieren, dass Sie im Strafprozess eine "justice restaurative" einführen möchten. Dem Bundesrat scheint es angemessener zu sein, diese Frage in einem ersten Schritt wirklich vertieft zu prüfen und nicht jetzt schon definitiv zu entscheiden, bevor die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen und Abklärungen gemacht sind. Es gibt die Möglichkeit, diese Abklärungen im Rahmen des Postulates Mazzone vorzunehmen.

Deshalb erachtet der Bundesrat diese Motion nicht als zielführend.

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 27 Stimmen

Dagegen ... 13 Stimmen

(1 Enthaltung)

18.043

Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht

Harmonisation des peines et adaptation du droit pénal accessoire au nouveau droit des sanctions

Differenzen – Divergences

Ständerat/Conseil des Etats 09.06.20 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 02.06.21 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 02.06.21 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 15.09.21 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 29.11.21 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 08.12.21 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 13.12.21 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.21 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 15.12.21 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 17.12.21 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 17.12.21 (Schlussabstimmung – Vote final)

1. Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafra- men

1. Loi fédérale sur l'harmonisation des peines

Ziff. 1 Art. 174 Ziff. 2

Antrag der Einigungskonferenz

2. Ist der Täter planmässig darauf ausgegangen, den guten Ruf einer Person zu untergraben, so wird er mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft.

Ch. 1 art. 174 ch. 2

Proposition de la conférence de conciliation

2. Le calomniateur est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à trois ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins s'il cherche de propos délibéré à ruiner la réputation de sa victime.

Ziff. 1 Art. 226

Antrag der Einigungskonferenz

Abs. 2

Wer Sprengstoffe, giftige Gase oder Stoffe, die zu deren Herstellung geeignet sind, sich verschafft, einem andern übergibt, von einem andern übernimmt, aufbewahrt, verbirgt oder weiterschafft, wird, wenn er weiss oder annehmen muss, dass sie zu verbrecherischem Gebrauche bestimmt sind, mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft.

Abs. 3

Wer jemandem, der, wie er weiss oder annehmen muss, einen verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen oder giftigen Gasen plant, zu deren Herstellung Anleitung gibt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft.

Ch. 1 art. 226

Proposition de la conférence de conciliation

Al. 2

Quiconque se procure soit des explosifs, soit des gaz toxiques, ou encore des substances propres à leur fabrication, ou les transmet à autrui, les reçoit d'autrui, les conserve, les dissimule ou les transporte, sachant ou devant présumer qu'ils sont destinés à un emploi délictueux, est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à cinq ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins.

Al. 3

Quiconque, sachant ou devant présumer qu'une personne se propose de faire un emploi délictueux d'explosifs ou de gaz

toxiques, lui fournit des indications pour les fabriquer est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à cinq ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins.

Ziff. 1 Art. 234 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz

Wer vorsätzlich das Trinkwasser für Menschen oder Haustiere mit gesundheitsschädlichen Stoffen verunreinigt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft.

Ch. 1 art. 234 al. 1

Proposition de la conférence de conciliation

Quiconque, intentionnellement, contamine au moyen de substances nuisibles à la santé l'eau potable servant aux personnes ou aux animaux domestiques est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à cinq ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins.

Ziff. 1 Art. 235 Ziff. 1

Antrag der Einigungskonferenz

1. ... Betreibt der Täter das Behandeln oder Herstellen gesundheitsschädlichen Futters gewerbsmässig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen. In diesen Fällen wird das Strafurteil veröffentlicht.

Ch. 1 art. 235 ch. 1

Proposition de la conférence de conciliation

1. ... L'auteur est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à trois ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins s'il fait métier de telles manipulations ou fabrications. Le jugement de condamnation est publié.

Ziff. 1 Art. 282 Ziff. 2

Antrag der Einigungskonferenz

2. Handelt der Täter in amtlicher Eigenschaft, so ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen.

Ch. 1 art. 282 ch. 2

Proposition de la conférence de conciliation

2. L'auteur qui agit en qualité officielle est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à trois ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins.

Ziff. 1 Art. 285

Antrag der Einigungskonferenz

Ziff. 1

1. Wer eine Behörde, ein Mitglied einer Behörde oder einen Beamten durch Gewalt oder Drohung an einer Handlung, die innerhalb ihrer Amtsbefugnisse liegt, hindert, zu einer Amtshandlung nötigt oder während einer Amtshandlung tätlich angreift, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft. In leichten Fällen kann auf Geldstrafe erkannt werden.

Als Beamte gelten auch Angestellte von Unternehmen nach dem Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957, dem Personenbeförderungsgesetz vom 20. März 2009 und dem Gütertransportgesetz vom 19. Dezember 2008 sowie Angestellte der nach dem Bundesgesetz vom 18. Juni 2010 über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr mit Bewilligung des Bundesamts für Verkehr beauftragten Organisationen.

Ziff. 2

2. Wird die Tat von einem zusammengewühlten Haufen begangen, so wird jeder, der an der Zusammenrottung teilnimmt, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft. In leichten Fällen kann auf Geldstrafe erkannt werden.

Der Teilnehmer, der Gewalt an Personen verübt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren bestraft.

Der Teilnehmer, der Gewalt an Sachen verübt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nicht unter 90 Tagessätzen bestraft.

Ch. 1 art. 285

Proposition de la conférence de conciliation

Ch. 1

1. Quiconque, en usant de violence ou de menace, empêche une autorité ou un fonctionnaire de faire un acte entrant dans ses fonctions, les contraint à faire un tel acte ou se livre à des voies de fait sur eux pendant qu'ils y procèdent, est puni d'une peine privative de liberté de trois ans au plus. Dans les cas de peu de gravité, le juge peut prononcer une peine pécuniaire.

Les employés des entreprises définies par la loi du 20 décembre 1957 sur les chemins de fer, la loi du 20 mars 2009 sur le transport de voyageurs et la loi du 19 décembre 2008 sur le transport ferroviaire de marchandises ainsi que les employés des organisations mandatées conformément à la loi fédérale du 18 juin 2010 sur les organes de sécurité des entreprises de transports publics et pourvues d'une autorisation de l'Office fédéral des transports sont également considérés comme des fonctionnaires.

Ch. 2

2. Si l'infraction est commise par une foule ameutée, tous ceux qui prennent part à l'attroupement sont punis d'une peine privative de liberté de trois ans au plus. Dans les cas de peu de gravité, le juge peut prononcer une peine pécuniaire. Ceux d'entre eux qui commettent des violences contre les personnes sont punis d'une peine privative de liberté de trois mois à trois ans.

Ziff. 1 Art. 310 Ziff. 2

Antrag der Einigungskonferenz

2. ... Der Teilnehmer, der Gewalt an Personen oder Sachen verübt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nicht unter 90 Tagessätzen bestraft.

Ch. 1 art. 310 ch. 2

Proposition de la conférence de conciliation

2. ... Ceux d'entre eux qui commettent des violences contre les personnes ou les propriétés sont punis d'une peine privative de liberté de trois mois à trois ans ou d'une peine pécuniaire de 90 jours-amende au moins.

Ziff. 1 Art. 311

Antrag der Einigungskonferenz

Ziff. 1

1. Gefangene oder andere auf amtliche Anordnung in eine Anstalt Eingewiesene, die sich in der Absicht zusammenrotten, vereint Anstaltsbeamte oder andere mit ihrer Beaufsichtigung beauftragte Personen anzugreifen, durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt Anstaltsbeamte oder andere mit ihrer Beaufsichtigung beauftragte Personen zu einer Handlung oder Unterlassung zu nötigen, gewaltsam auszubrechen, werden mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft.

Ziff. 2

2. Der Teilnehmer, der Gewalt an Personen oder Sachen verübt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe nicht unter 90 Tagessätzen bestraft.

Ch. 1 art. 311

Proposition de la conférence de conciliation

Ch. 1

1. Les détenus ou les personnes internées dans un établissement par décision de l'autorité qui s'ameutent dans le dessein d'attaquer, d'un commun accord, un fonctionnaire de l'établissement ou toute autre personne chargée de les surveiller, de contraindre, par la violence ou la menace de violences, un fonctionnaire de l'établissement ou toute autre personne chargée de les surveiller à faire un acte ou à s'en abstenir, ou de s'évader en usant de violence, sont punis d'une peine privative de liberté d'un mois à trois ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins.

Ch. 2

2. Ceux d'entre eux qui commettent des violences contre les personnes ou les propriétés sont punis d'une peine privative

de liberté de trois mois à cinq ans ou d'une peine pécuniaire de 90 jours-amende au moins.

Ziff. 1 Art. 333 Abs. 6bis*Antrag der Einigungskonferenz*

Wird eine Tat alternativ mit Freiheitsstrafe oder Geldstrafe mit einer bestimmten Mindestanzahl Tagessätzen bedroht, so gilt diese Untergrenze auch für die Mindestanzahl Tage Freiheitsstrafe.

Ch. 1 art. 333 al. 6bis*Proposition de la conférence de conciliation*

Si une infraction peut être punie soit d'une peine privative de liberté soit d'une peine pécuniaire, la durée minimale de la peine privative de liberté est identique au nombre minimal de jours-amende.

Ziff. 2 Art. 89 Abs. 1*Antrag der Einigungskonferenz*

Wer vorsätzlich in einer Zeit, da Truppen zum aktiven Dienste aufgeboten sind, die Unternehmungen der schweizerischen Armee durch Verbreitung unwahrer Nachrichten stört oder gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Monaten oder Geldstrafe nicht unter 60 Tagessätzen bestraft.

Ch. 2 art. 89 al. 1*Proposition de la conférence de conciliation*

Celui qui, intentionnellement et alors que des troupes sont mises sur pied pour un service actif, aura entravé ou compromis les opérations de l'armée suisse en propageant de fausses informations est puni d'une peine privative de liberté de deux mois au moins ou d'une peine pécuniaire de 60 jours-amende au moins.

Ziff. 2 Art. 94 Abs. 3*Antrag der Einigungskonferenz*

Wer einen Schweizer für fremden Militärdienst anwirbt oder der Anwerbung Vorschub leistet, wird mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft.

Ch. 2 art. 94 al. 3*Proposition de la conférence de conciliation*

Quiconque enrôle un Suisse pour le service militaire étranger ou favorise l'enrôlement est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à trois ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins.

Ziff. 2 Art. 105 Ziff. 2*Antrag der Einigungskonferenz*

2. ... Der Teilnehmer, der Gewalt an Personen oder Sachen verübt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nicht unter 90 Tagessätzen bestraft.

Ch. 2 art. 105 ch. 2*Proposition de la conférence de conciliation*

2. ... Ceux d'entre eux qui commettent des violences contre les personnes ou les propriétés, sont punis d'une peine privative de liberté de trois mois à trois ans ou d'une peine pécuniaire de 90 jours-amende au moins.

Ziff. 2 Art. 139 Abs. 1*Antrag der Einigungskonferenz*

Wer in Kriegszeiten oder im aktiven Dienst plündert, sich auf andere Weise unrechtmässig Gut aneignet oder Gewalt an fremdem Gut verübt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Monaten oder Geldstrafe nicht unter 60 Tagessätzen bestraft.

Ch. 2 art. 139 al. 1*Proposition de la conférence de conciliation*

Quiconque, en temps de guerre ou en service actif, commet un acte de pillage, s'approprie illicitement des biens de toute autre manière ou exerce des violences sur la propriété d'autrui est puni d'une peine privative de liberté de deux mois au moins ou d'une peine pécuniaire de 60 jours-amende au moins.

Ziff. 2 Art. 146 Ziff. 2*Antrag der Einigungskonferenz*

2. Ist der Täter planmässig darauf ausgegangen, den guten Ruf einer Person zu untergraben, so ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen.

Ch. 2 art. 146 ch. 2*Proposition de la conférence de conciliation*

2. Le calomniateur est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à trois ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins s'il cherche de propos délibéré à ruiner la réputation de sa victime.

Ziff. 2 Art. 164*Antrag der Einigungskonferenz**Abs. 2*

Wer Sprengstoffe, giftige Gase oder Stoffe, die zu deren Herstellung geeignet sind, sich verschafft, einem andern übergibt, von einem andern übernimmt, aufbewahrt, verbirgt oder weiterschafft, wird, wenn er weiss oder annehmen muss, dass sie zu verbrecherischem Gebrauch bestimmt sind, mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft.

Abs. 3

Wer jemandem, der, wie er weiss oder annehmen muss, einen verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen oder giftigen Gasen plant, zu deren Herstellung Anleitung gibt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft.

Ch. 2 art. 164*Proposition de la conférence de conciliation**Al. 2*

Quiconque se procure soit des explosifs, soit des gaz toxiques, ou encore des substances propres à leur fabrication, ou les transmet à autrui, les reçoit d'autrui, les conserve, les dissimule ou les transporte, sachant ou devant présumer qu'ils sont destinés à un emploi délictueux, est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à cinq ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins.

Al. 3

Quiconque, sachant ou devant présumer qu'une personne se propose de faire un emploi délictueux d'explosifs ou de gaz toxiques, lui fournit des indications pour les fabriquer est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à cinq ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins.

Ziff. 2 Art. 169 Abs. 1*Antrag der Einigungskonferenz*

Wer vorsätzlich das Trinkwasser für Menschen oder Haustiere mit gesundheitsschädlichen Stoffen verunreinigt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft.

Ch. 2 art. 169 al. 1*Proposition de la conférence de conciliation*

Quiconque, intentionnellement, contamine au moyen de substances nuisibles à la santé l'eau potable servant aux personnes ou aux animaux domestiques est puni d'une peine privative de liberté d'un mois à cinq ans ou d'une peine pécuniaire de 30 jours-amende au moins.

Ziff. 2 Art. 177 Ziff. 2*Antrag der Einigungskonferenz*

2. ... Der Teilnehmer, der Gewalt an Personen oder Sachen verübt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nicht unter 90 Tagessätzen bestraft.

Ch. 2 art. 177 ch. 2*Proposition de la conférence de conciliation*

2. ... Ceux d'entre eux qui commettent des violences contre les personnes ou les propriétés sont punis d'une peine privative de liberté de trois mois à trois ans ou d'une peine pécuniaire de 90 jours-amende au moins.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Antrag der Einigungskonferenz stellt eine Einheit dar.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Ich verspreche Ihnen, dass ich heute Morgen dann nicht mehr sprechen werde.

Bei der Strafraumenharmonisierung gab es noch zwei, ich erlaube mir zu sagen, relativ unbedeutende Differenzen, die heute Morgen von der Einigungskonferenz ausgeräumt worden sind. Die eine Differenz ist in Artikel 174 verortet, betrifft aber zahlreiche weitere Bestimmungen, und zwar immer diejenigen Fälle, bei denen das Gesetz eine Freiheits- oder alternativ eine Geldstrafe und bei der Geldstrafe eine Mindesthöhe vorsieht.

Die Frage, die sich nun stellt, ist: Gilt diese Mindesthöhe bei der Geld- auch bei der Freiheitsstrafe? Am Beispiel von Artikel 174 Absatz 2 sehen Sie, dass gemäss Nationalrat vorgesehen wird: "[...] so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft." Die Diskussion zwischen Ständerat und Nationalrat war, ob man das explizit festhalten soll. Sie haben regelmässig daran festgehalten, dass man das ändern soll. Das würde bedeuten, dass neu im Gesetz stünde: "[...] so wird er mit Freiheitsstrafe von 30 Tagen bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft." Die Einigungskonferenz beantragt Ihnen, dem Beschluss des Ständerates, also dem von Ihnen gefassten Beschluss, zu folgen.

Die zweite Differenz betrifft Artikel 285, "Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte": Das geltende Recht sieht hier eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder alternativ eine Geldstrafe vor. Sie wollten eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und nur in leichten Fällen eine Geldstrafe als Alternative. Die Einigungskonferenz hat nun eine Kompromissvariante ausgearbeitet, gemäss der eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren die Regel ist und gemäss welcher der Richter in leichten Fällen auf Geldstrafe erkennen kann.

Die Einigungskonferenz beantragt Ihnen, diese beiden Änderungen vorzunehmen und damit das Gesetz zu bereinigen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Der Bundesrat beantragt Ihnen ebenfalls, dem Ergebnis der Einigungskonferenz zuzustimmen.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Die Abstimmung über den Antrag der Einigungskonferenz ist gemäss Artikel 78 Absatz 5 Buchstabe b des Parlamentsgesetzes obligatorisch.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 35 Stimmen
Dagegen ... 1 Stimme
(4 Enthaltungen)

21.3111

Motion Rechsteiner Paul.
Schweizer Bürgerrecht für Menschen,
die in der Schweiz geboren wurden
(Ius Soli)

Motion Rechsteiner Paul.
Acquisition de la nationalité
pour ceux qui sont nés en Suisse
(droit du sol)

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.21



21.3112

Motion Mazzone Lisa.
Die Einbürgerung
von Ausländerinnen und Ausländern
der zweiten Generation erleichtern

Motion Mazzone Lisa.
Faciliter la naturalisation
des étrangères et étrangers
de la deuxième génération

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.21 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Ordnungsantrag Caroni

Zuweisung der Motion 21.3112 an die zuständige Kommission zur Vorprüfung.

Motion d'ordre Caroni

Transmettre la motion 21.3112 à la commission compétente pour examen préalable.

Rechsteiner Paul (S, SG): Exakt fünfzig Jahre ist es her: 1971 waren die Schweizer Männer endlich bereit, den Schweizer Frauen das Stimm- und Wahlrecht einzuräumen. Die Schweiz war damit weltweit eines der letzten Länder, die Ja zum Frauenstimmrecht sagten. Das gereicht ihr nicht zum Ruhm.

Andererseits ist die Schweiz stolz auf ihre demokratische Tradition, zu Recht: Nach den USA ist die Schweiz die zweitälteste Demokratie weltweit und die älteste in Europa. Unsere demokratischen Rechte sind hervorragend ausgebaut. Mit den direkt-demokratischen Rechten der Verfassung von 1874 war unser Land weltweit ein Pionierstaat.

Ob die Schweiz nun voranging oder schwer in Rückstand geriet, immer mussten die demokratischen Rechte erkämpft werden; geschenkt wurden sie nie. Demokratischen Fortschritt gab es dann, wenn sich die dafür nötige Einsicht durchgesetzt hatte; von selbst kam das nicht.

Heute stehen wir vor einem neuen Problem, einer neuen grossen Herausforderung. Mehr als ein Viertel unserer Bevölkerung verfügt über keinen Schweizer Pass. Umgerechnet auf die Kantone bedeutet das, dass eine Bevölkerung in der Grössenordnung der Einwohnerinnen und Einwohner der Kantone Zürich und Aargau, bezogen auf die Schweiz, kein Stimm- und kein Wahlrecht hätte. Stellen Sie sich das einmal vor!

Viele der Betroffenen sind in der Schweiz geboren und aufgewachsen und haben immer hier gelebt. Wir sind zwar nicht mehr, wie vor fünfzig Jahren, eine halbierte Demokratie, leider aber eine Dreivierteldemokratie. Der Zugang zum Schweizer Bürgerrecht ist heute sehr restriktiv und im internationalen, im europäischen Vergleich mit hohen Hürden verbunden. Das war nicht immer so. Wichtige Faktoren, welche die Einbürgerung erschweren, sind das komplexe dreistufige Verfahren mit je nach Kanton und Gemeinde unterschiedlichen Anforderungen sowie das Abstammungsprinzip. Die hohen Hürden führen dazu, dass viele nie eine reale Chance auf Einbürgerung hatten, auch wenn sie in der Schweiz geboren sind und immer hier gelebt haben, z. B. dann, wenn sie selber oder ihre Eltern öfter den Wohnsitz wechseln mussten. Die entscheidende Rolle der Gemeinden wie auch das fast reine Abstammungsprinzip stammen beide unter ganz anderen Voraussetzungen aus dem 19. Jahrhundert. Was die zentrale Rolle der Gemeinden betrifft, so war seinerzeit ausschlaggebend, dass für die Unterstützung Bedürftiger, zum Beispiel im Alter, das Heimortprinzip galt. Das ist bekanntlich längst vorbei. Unterstützungsbedürftige werden im Alter nicht mehr an die Heimatgemeinde abgeschoben. Auch das Abstammungsprinzip, das Ius Sanguinis, versteht sich in ei-